

Günther Wilke

Rede anlässlich der Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte Gudendorf am 7. Mai 2016



**Sehr geehrte Frau Kreispräsidentin Kolb,
lieber Herr Bürgermeister Höfs,
sehr geehrte Frau Konsulin,
liebe Freundinnen und Freunde,
jedes Jahr um den 8. Mai herum treffen wir uns hier in Gudendorf, um der sowjetischen Kriegsgefangenen zu gedenken, die dem Vernichtungskrieg des NS- Regimes gegen die Völker der Sowjetunion zum Opfer gefallen sind. Vor 33 Jahren haben wir, engagierte Menschen aus der Friedens- und der Antifa- Bewegung , uns zum ersten Mal hier versammelt. Wir wollten verhindern, dass dieser Ort der Erinnerung dem Vergessen anheim fällt, wollten wissen und dokumentieren, wie diese Unbekannten zu Tode gekommen sind. Wir wollten und wollen es immer noch, ihre Namen ermitteln und zugleich den Willen bekunden, alles zu unternehmen, was dem Frieden und der Völkerverständigung dient. Niemals soll vergessen werden, dass zwischen dem Überfall Deutschlands am 22. Juni 1941 und**

dem 8. Mai 1945 27 Millionen Menschen in den zur Sowjetunion gehörenden Ländern umgebracht wurden. Zuerst waren es die Juden, dann die Sinti und Roma . Schließlich traf es die sowjetischen Kriegsgefangenen Zu diesen Opfern gehören auch die sowjetischen Soldaten, die in den Dünen von Gudendorf in Massengräbern anonym verscharrt wurden und umgebettete Zwangsarbeiter aus den östlichen Ländern, die ihre Heimat nicht wiedergesehen haben.

Wir ahnten bei der Gründung unserer Initiative nicht, welche Widerstände zu überwinden waren, um ein würdiges Gedenken möglich zu machen. Wir wurden vielfach als Nestbeschmutzer angesehen. Die Landesregierungen Schleswig- Holsteins gaben uns insbesondere in der Zeit des Kalten Krieges zu verstehen, dass antifaschistische Erinnerungsarbeit nicht erwünscht sei.

Wie unter der Naziherrschaft wurde weiter zwischen sowjetischen Kriegsgefangenen und Gefangenen sogenannten arisch verwandten Blutes unterschieden, aber auch zwischen den Attentätern des 20. Juli und Kommunisten, die nicht zu den Opfern gerechnet wurden.

Wir müssen uns heute über eine solche Gesichtssicht nicht wundern, denn, zwischen 1950 und 1971 , so hat gerade der Historiker Professor Uwe Danker in einem jüngst erschienenen Buch dargelegt, gehörten mehr als 50 Prozent der Landtagsabgeordneten und 60 Prozent der Regierungsmitglieder der einstigen NSDAP an, darunter Kriegsverbrecher wie der SS- General Reinefarth, nach 1945 Bürgermeister von Sylt und der Sozialminister Hans-Adolf Asbach, der sieben der Landesregierung angehörte,, obwohl gegen ihn ein Verfahren wegen der Beteiligung an Judenmorden im so genannten Generalgouvernement Galizien lief. Asbach und Reinefarth und andere schwer belastete Nazis hatten kein Problem damit, nach 1945 an die rassenbiologisch begründeten Feinbilder des deutschen Faschismus anzuknüpfen. Sie fühlten sich in Schleswig- Holstein sicher, das nach der Befreiung zum Rückzugsgebiet der Nazis gehörte – mit

dem Stellvertreter Hitlers, dem Kriegsverbrecher Großadmiral, Dönitz an der Spitze.

Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte nicht etwa die alte und neue Nazis im Blick, sondern die Antifaschisten. So behauptete der Inlandsgeheimdienst, die Initiative „Blumen für Gudendorf“ sei kommunistisch unterwandert und sah ein Indiz dafür, dass wir den Begriff Antifaschismus verwandten, der ein Kampfbegriff sei. Das mag diesen oder jenen gehindert haben, sich an der Arbeit der Initiative zu beteiligen. Die meisten aber ließen sich nicht davon abhalten, auch mit Kommunisten im Bündnis zu arbeiten, zum Beispiel mit dem Widerstandskämpfer Karl-Heinz Lorenzen aus Flensburg, der zehneinhalb Jahre in Zuchthäusern und Konzentrationslagern verbracht hatte. Erst zwei Jahre nach der Gründung unserer Initiative hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine historische Rede zum 40. Jahrestag der Befreiung, in der er den gesamten deutschen Widerstand würdigte und damit den Weg für antifaschistische Erinnerungsarbeit freimachte. Wir haben in unserer Initiative gelernt, loyal und respektvoll miteinander umzugehen, den anderen Menschen zu achten, unabhängig von Weltanschauung und Religionszugehörigkeit. Für alle von uns ist der 8. Mai der Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus nicht einfach der Tag des Kriegsendes und der Kapitulation und schon gar nicht der Niederlage, des Zusammenbruchs und der Katastrophe. Zu denen, die uns und die Völker der Welt vom Hitlerfaschismus befreiten, gehörte in erster Linie die Rote Armee. Und dazu zählen auch die in den Gudendorfer Massengräbern liegenden sowjetischen Soldaten.

Im vergangenen Jahr begingen wir den 70. Jahrestag der Befreiung. In aller Welt wurde er gefeiert. Regierungsvertreter und gekrönte Häupter nahmen an der offiziellen Befreiungsfeier in Moskau teil, leider niemand aus der deutschen Bundesregierung. Kanzlerin Merkel fuhr bewusst erst

einen Tag später nach Moskau. Mit ihrem Fernbleiben von der Gedenkfeier beleidigte sie die Millionen Opfer, die von der Sowjetunion für die Befreiung vom Faschismus gebracht wurden. Beifall erhielt sie nur von jenen Medien, die schon längst wieder die antirussischen Feindbilder bedienen, die behaupten, die größte Gefahr für den Frieden gehe heute von Russland aus, die Obama dafür lobten, als er sagte, die Welt werde heute durch Ebola, den IS und durch Russland bedroht. Solche Reden fallen bei jenen auf fruchtbaren Boden, die nicht bereit sind, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die sich an Geschichtsfälschungen beteiligen und um solche Gedenkort wie Gudendorf einen Bogen machten, die bis heute nicht bereit sind, das millionenfache qualvolle Sterben sowjetischer Soldaten in deutscher Kriegsgefangenschaft zur Kenntnis zu nehmen und sich schon gar nicht einer friedenspolitischer Erinnerungskultur zu befleißigen. Wir dagegen, die in der Initiative „Blumen für Gudendorf“ vereinten Antifaschisten und Kriegsgegner galten in der offiziellen Lesart jener Medien als Nestbeschmutzer.

Wozu sich die Mehrheit des deutschen Bundestages zum 70. Jahrestag der Befreiung gerade noch bequemte, war ein Beschluss, die wenigsten Überlebenden der deutschen Kriegsgefangenschaft materiell zu entschädigen. Nach offiziellen Angaben handelt es sich dabei um rund 4.000 Menschen, die jeweils eine Einmahlzahlung von 2.500 Euro erhielten. 5,3 Millionen Sowjetsoldaten waren in deutsche Kriegsgefangenschaft geraten, 3,5 Millionen wurden getötet. Für die Nazis handelte es sich um Untermenschen. Um sie sterben zu lassen, setzte die deutsche Wehrmacht für sich das Völkerrecht außer Kraft. Jahrzehnte nach der Befreiung wurde dieser unerhörte Skandal einfach totgeschwiegen. Im Vergleich dazu überlebten 97 Prozent der westalliierten Kriegsgefangenen. Unauslöschlich sind mir Kindheitserinnerungen im Kopf. Ich erinnere mich an erschütternde Bilder aus meiner Heimatstadt Hamburg. Völlig

verdreckte, in Lumpen gehüllte sowjetische Kriegesgefangene wurden durch die Straßen der Stadt zur Arbeit geführt. „Seht sie Euch an“, sollten diese Bilder vermitteln, „so sehen Untermenschen aus . Wehe uns, wenn sie den Krieg gewinnen sollten. Parallel dazu wurden wir Schüler in eine Ausstellung in Pflanzen und Blumen geführt. Ihr Titel „Sieg oder bolschewistisches Chaos“. Meine sozialdemokratischen Eltern erklärten mit hinter verschlossenen Türen , dass es sich um Menschen handle, denen ihr Mitleid gelte. Allerdings äußerten sie solche Gedanken mit der Ermahnung, ich dürfe solches nicht weitersagen, sonst kämen wir alle ins Konzentrationslager.

Deutschland wurde vom Faschismus befreit. Aber damit war die Ideologie nicht ausgerottet. Und daher blieb auch der Rassismus virulent. Das spüren wir aktuell in diesen Tagen. Alte Feindbilder werden heraufbeschworen und immer wieder werden die Russen dämonisiert. Neu hinzu gekommen ist der Islam, von dem behauptet wird, er drohe die deutsche Kultur zu zerstören. In der Folge brannten Flüchtlingsheime, werden fremd aussehende Menschen auf Straßen und Plätzen terrorisiert. Noch nie nach 1945 war eine rechtsextreme Partei so stark wie die AfD nach den letzten Landtagswahlen. Die etablierten Parteien des deutschen Bundestages fürchten sich vor der Landtagswahl in Mecklenburg/Vorpommern im September dieses Jahres und vor der Bundestagswahl 2017 vor weiterem Erstarren der Hetze von Rechtsaußen. Politiker der regierenden Parteien knicken sogar vor den Forderungen von AfD und Pegida ein und der Verfassungsschutzpräsident Maßen sagt, er sähe keine Veranlassung, die AfD zu beobachten, von ihr ginge nach seiner Wahrnehmung keine Gefahr für die Demokratie aus. Soweit sind die Dienste inzwischen verkommen. In dieser Zeit gibt es zum Glück auch andere Signale. Dazu gehört unsere heutige Gedenkveranstaltung. Dazu gehören aber auch kleine Fortschritte in der Erinnerungsarbeit. Ich denke an die Aufstellung von Namenstafeln

für einen Teil der in Gudendorf begrabenen Kriegsgefangenen am 17. Oktober 2015. Die Namen wurden von uns in mühevoller Rechercharbeit ermittelt. Im Einzelnen gibt es auch eine Lebensbeschreibung über zwei junge Soldaten- Unser Kamerad Georg Gerchen hat die Biografien verfasst und als kleine Broschüre herausgegeben. Die Enthüllung der Tafeln erfolgte in Anwesenheit der Stellvertretenden Ministerpräsidentin des Landes Schleswig- Holstein, Anke Spoorendonk und des Vorsitzenden der Schleswig-Holsteinischen Bürgerstiftung, Professor Fouquet, denen wir für ihre Reden sehr danken. Danken wollen wir auch der Gemeinde Gudendorf, die unsere Initiative in Person der jeweiligen Bürgermeister immer unterstützt hat und weiter unterstützt...

Unsere Arbeit ist damit nicht zu Ende, obwohl einige Mitbegründer der Initiative „Blumen für Gudendorf“ bereits verstorben sind wie Pastor Christian Dethlefsen aus Pinneberg und der Kommunist und frühere VVN- Vorsitzende Karl- Heinz Lorenzen, der Historiker Gerhard Hoch , der Sozialdemokrat Hans Motzner aus Kiel, der sich als deutscher Kriegsgefangener in sowjetischer Kriegsgefangenschaft für die Untaten seiner deutschen Landsleute schämte. Wir vermissen auch den Gudendorfer Alt- Bürgermeister Ferdinand Kollhorst, dem wir viel zu verdanken haben.

Ermutigt werden wir jüngst durch Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Heide-Ost, die in Kooperation mit der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung an einem Projekt unter dem Titel „Vernichtungskrieg – der andere Holocaust – der rassenbiologische Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion als Voraussetzung für den NS- Völkermord.“ gearbeitet hat. Sogar Bundestagspräsident Norbert Lammert hat für diese Arbeit den Schülerinnen und Schülern Dank und Anerkennung ausgesprochen. Das Besondere dieses Unterrichtsprojekts , das vom Geschichtslehrer Dr.

Matthias Duncker begleitet wurde, ist, dass sie den Zusammenhang von NS-Euthanasie , Vernichtungskrieg und industriell vollzogener Menschenvernichtung herstellt.

Die Schülerinnen und Schüler besuchten die Mordstätten Majdanek und Treblinka , überdies das ehemalige Warschauer Ghetto und eine sowjetische Gedenkstätte. Die Schülerinnen und Schüler aus Dithmarschen nahmen an Führungen durch das jüdische Museum und das Museum des Warschauer Aufstands teil wurden, führten intensive Gespräche mit polnischen Schülern. Dabei wurden auch Freundschaften geschlossen, die weiter gepflegt werden.

In einem Nachwort zu ihrer Projektarbeit schreiben die Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums: „Unser Blickwinkel auf Politik und die Taten der Nationalsozialisten hat sich grundlegend geändert, so dass wir nun viele Unstimmigkeiten entdecken und gemerkt haben, wie glücklich wir uns schätzen dürfen, dass wir heutzutage über so ein Thema in Friedenszeiten offen reden können. Vor allem aber werden wir immer dafür einstehen, dass solch schreckliche Taten nie wieder geschehen.“ Die Schüler haben diesem erklärten Willen inzwischen Taten folgen lassen. Unter dem Dach der Stiftung gegen Extremismus und Gewalt wurden Ausstellungen organisiert, Stolpersteine in der Stadt geputzt, Kriegsgräberanlagen gepflegt und neu angelegt, aber auch hier in Gudendorf eine Besuchergruppe aus Minsk in Weißrussland geführt und betreut.

Dass sich junge Menschen aus Dithmarschen nach ebenso fleißiger wie gründlicher Arbeit an ein solches Thema herangewagt haben, verdient hohe Anerkennung. Die Jugendlichen gaben auch unserer Initiative Ansporn bei der Fortführung unserer Gedenkstättenarbeit.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Anwesende, wir sind uns bewusst, dass wir erst einen kleinen Teil des Berges abgetragen haben, der größte Teil liegt noch vor uns. Aber wir lassen uns nicht entmutigen, schließlich

haben wir ein historisches Vermächtnis zu erfüllen, das da heißt, mit dafür zu sorgen, dass sich in Deutschland nie wieder Faschismus ausbreiten kann, Wir wollen dabei helfen,. Rassismus mit den Wurzeln auszurotten. Wir treten für Frieden und Abrüstung ein, für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu Russland, ohne die es keine n dauerhaften Frieden in Europa geben wird. Wir sind gegen militärische Aufmärsche der NATO an den Grenzen, gegen Boykottmaßnahmen und Boykottandrohungen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch von einem Appell berichten, den vier Organisationen aktuell an Bundestag und Bundesrat gerichtet haben, den 8. Mai als Tag der Befreiung zum bundesweiten Gedenktag zu erklären. Es sind die internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW), die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten, ATTAC und der Aachener Friedenspreis. Wenn der 8. Mai auch bei uns zum Gedenktag erklärt würde, ständen wir nicht allein da. In Frankreich, Tschechien und der Slowakei ist er gesetzlicher Feiertag. In den Niederlanden wird der Tag der Befreiung am 5. Mai gefeiert, in Italien ist es der 25. April und in Russland der 9. Mai. Die Verfasser des Appells begründen ihre Forderungen mit dem Schwur von Buchenwald, in dem es heißt: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.